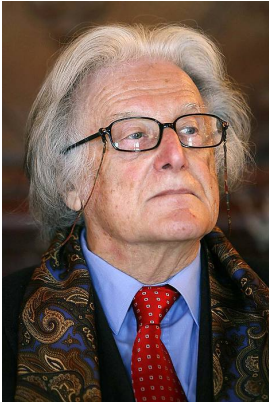


Ralph Giordanos offener Brief an Christian Wulff



Sehr geehrter Herr Bundespräsident, „Die Türkei ist ein Beispiel dafür, dass Islam und Demokratie, Islam und Rechtsstaat, Islam und Pluralismus kein Widerspruch sein müssen.“ So der Kernsatz eines Interviews, das Sie aus Anlass des Besuches von Abdullah Gül, Präsident der Türkei, in Berlin der „Süddeutschen Zeitung“ gegeben haben. Dieser Satz verrät eine so verstörende Unkenntnis der Wirklichkeit, eine derart blauäugige Gleichsetzung des real existierenden Islam mit einem EU-konformen Islam, dass es einem die Sprache verschlagen will. Dazu schließt er sich lichtdicht an Ihre historische Fehlthese vom 3. Oktober 2010 anlässlich des 20. Gedenktages der deutschen Wiedervereinigung, „nicht nur Christentum und Judentum, auch der Islam gehört inzwischen zu Deutschland“.

Auch das fossile, anachronistische Rechtssystem des Islam, von der der Generalsekretär des Zentralrats der Muslime, Aiman A. Mazyek, mehrfach öffentlich erklärte: „Scharia und Grundgesetz sind miteinander vereinbar“? Auch der Islam des von Ihnen stets hoch gelobten Recep Tayyip Erdogan, türkischer Ministerpräsident, der am 28. November 2010 in Düsseldorf vor einem kochenden Auditorium mit den Worten „Ich bin euer Präsident!“ eine Kriegserklärung an die Integration abfeuerte (wie schon drei Jahre zuvor, am 10. Februar 2008, in der Köln Arena mit der aberwitzigen These „Assimilation ist ein

Verbrechen gegen die Menschlichkeit“). Es ist derselbe Erdogan, der den Völkermord an den Armeniern 1915/16 im türkisch-osmanischen Reich leugnet, unter dessen Regierung in den Gefängnissen nachweislich weiter gefoltert wird und der sich jüngst mit dem Stichwort „Gaza-Flottille“ bis an die Grenze politischer Brandstiftung immer offener zu einem Gegner Israels gemausert hat.

Ich maße mir nicht an, Ihnen Nachhilfeunterricht in Geschichte erteilen zu wollen, aber warum fehlt in Ihren Kommentaren zum Migrations-/Integrationskomplex jede Spur von Kritik? Warum stehen Sie nicht auf gegen das niederträchtigste aller niederträchtigen Totschlagargumente der Political Correctness: „Kritik am Islam gleich Rassismus und Fremdenfeindlichkeit“? Ein Xenophober, der sich Gedanken macht, ob das Kopftuch bei zwölfjährigen Mädchen ein Zeichen religiöser Selbstbestimmung ist oder eine von den Eltern verordnete Zwangsmaßnahme? Ein Ausländerfeind, wer stutzt über das Ausmaß von Gewalt an Frauen in den muslimischen Paarbeziehungen? Ein Rassist, wer hinterfragt, warum die Selbstmorde junger Muslima fünfmal höher sind als die bei Frauen ohne „Migrationshintergrund“? Ein Türkenschreck, der den signifikant überdurchschnittlichen Anteil von Migranten an der Jugendkriminalität beklagt? Ein Antimuslim-Guru, wer sich darüber entsetzt, dass muslimische Frauen und Mädchen mitten unter uns tödlich gefährdet sind, sobald sie archaischen Auffassungen im Elternhaus trotzen und mit der Integration ernst machen wollen?

Von all dem, was ich hier bruchstückhaft aufgeführt habe, ist in Ihren Ausführungen, sehr geehrter Herr Bundespräsident, nie die Rede. Ich vermisse bei Ihnen jede Kritik an menschenrechtsfeindlichen Auffassungen und Praktiken innerhalb der türkisch-arabisch dominierten muslimischen Minderheit, und jede Nähe zu kritischen Muslima wie Necla Kelek, Seyran Ates, Minah Ahadi oder Ayaan Hirsi Ali.

Wie ist Ihnen zumute mit Ihrer Behauptung, die Türkei sei heute schon ein Beispiel für die Vereinbarkeit von Islam und

Demokratie, wenn die iranische Theologin Hamideh Mohaghegni warnt, dass „die innerislamischen Klärungen auf dem Wege zu einem Euro-Islam noch 20 bis 30 Jahre in Anspruch nehmen werden und es auch dann immer noch fraglich ist, ob der sich hier durchsetzen oder dem traditionellen Islam unterliegen wird“? Gefolgt von Dr. Ezhar Cezairli, Mitglied der Deutschen Islamkonferenz: „Es ist eine Gefahr für die Zukunft Deutschlands, dass manche Politiker durch ihre Ignoranz gegenüber islamischen Organisationen dabei sind, die Grundlagen unserer aufgeklärten Gesellschaft aufzugeben.“ Deutlicher geht's nimmer.

Aber Sie, Herr Bundespräsident, sind nicht zur Stelle. Anders der unerschrockene Abbas Baydoun, langjähriger Feuilletonchef der libanesischen Tageszeitung „as-Safir“: „Bei uns suchen viele nach Ausreden, nicht in den Spiegel zu schauen, um uns den Anblick eines fürchterlichen Gesichts zu ersparen, das Gesicht eines anderen Islam der Isolation und der willkürlichen Gewalt, der nach und nach die Oberhand gewinnt und bald, während wir dem Höhepunkt der Verblendung zusteuern, unser tatsächliches Gesicht sein wird.“ Das allen Pauschalumarmern, xenophilen Einäugigen, Sozialromantikern, Gutmenschen vom Dienst und Beschwichtigungsaposteln ins Stammbuch!

Keine Missverständnisse: Es bleibt die Ehre der Nation, jeden Zuwanderer, Fremden oder Ausländer vor der Pest des Rassismus und seinen Komplizen zu schützen. Gleichzeitig ist es bürgerliche Pflicht, sich gegen Sitten, Gebräuche, Traditionen und Mentalitäten zu wehren, die jenseits von Lippenbekenntnissen den freiheitlichen Errungenschaften der demokratischen Republik ablehnend bis feindlich gegenüberstehen. Von all diesen Problemen lese ich in Ihren Kommentaren zum Migrations-/Integrationskomplex nichts. Stattdessen Statements wie „Ich schwärme für die guten deutsch-türkischen Beziehungen“ gleichsam als handele es sich um eine Multikulti-Idylle, die durch sozialtherapeutische

Maßnahmen behoben werden könnte.

Nehmen Sie bitte noch zur Kenntnis: Es ist keineswegs unbedrohlich, eine kritische Meinung zu äußern. Ich bin mein ganzes Leben lang bedroht worden. Aber was seit meiner Kritik an der Köln-Ehrenfelder Großmoschee von muslimischer Seite mit einer religiös-fanatischen Note dazukommt, das kann selbst einen terrorgewohnten Mann wie mich beeindrucken. Aber abhalten, auch weiterhin an der Seite kritischer Muslime und Muslima zu stehen, wird es mich nicht. Mein Antrieb: Nach den Erfahrungen in Hitlerdeutschland gibt es nur eine Gesellschaftsform, in der ich mich sicher fühle – die demokratische Republik. Wer sie antastet, ob Muslim, Christ oder Atheist, der hat mich am Hals.

Das, sehr geehrter Herr Bundespräsident, wollte ich Sie hochachtungsvoll wissen lassen.

Ihr Ralph Giordano

(Erschienen in der WELT vom 20.9.2011)